

04/2009

2015
aktuell

30. April 2009

1. **G20-Gipfel stärkt Rolle des IWF**
2. **Frühjahrstagung von IWF und Weltbank**
3. **EU-Maßnahmenpaket für Entwicklungsländer vorgelegt**
4. **Geschlechtergerechte Antworten auf die Finanzkrise**
5. **G8-Agrarministertreffen in Italien**
6. **VENRO: 10 Forderungen zur Bundestagswahl**
7. **Gesundheit in der Krise**
8. **Globale Bildungskampagne: Das große Lesen**
9. **Klimawandel: Herausforderungen für die Nothilfe**

Kurz notiert
Termine

1. G20-Gipfel stärkt Rolle des IWF

Bei ihrem Treffen am 2. April in London haben die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten beschlossen, 1,1 Billion US-Dollar zur Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern und zur Förderung des Handels bereit zu stellen. In ihrem Abschlussdokument betonen die G20-Staaten die gravierenden Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Entwicklungsländer und bekräftigen ihre Zusagen für die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) und zur Erhöhung der Entwicklungshilfe. Entwicklungs- und Schwellenländer sollen durch die Aufstockung der Mittel für den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Regionalen Entwicklungsbanken in Höhe von 850 Milliarden US-Dollar unterstützt werden; 50 Milliarden US-Dollar sollen für die Entwicklungszusammenarbeit bereit gestellt werden. Aus dem Abschlussdokument des Gipfels geht jedoch nicht hervor, ob es sich bei den Geldern um neue Zusagen handelt und in welcher Form Entwicklungsländer darauf zugreifen können. Weiterhin sollen die

Regulierungsfunktionen der Internationalen Finanzinstitutionen gestärkt sowie Steuerflucht und Protektionismus im Welthandel bekämpft werden.
(www.g20.org/Documents/2009_communique_horsham_uk.pdf)

UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon begrüßte die Ergebnisse des G20-Gipfels. Die aktuelle Wirtschaftskrise werde in vielen Teilen der Welt derzeit zu einer Krise der menschlichen Entwicklung und Sicherheit, die deutliche finanzielle Unterstützung durch die Weltgemeinschaft erfordere. Nun müsse sichergestellt werden, dass der erforderliche Anteil der zugesagten Gelder bei den ärmeren Ländern ankomme. Neben der Würdigung der im G20-Kommuniqué enthaltenen Verweise auf Nahrungsmittelsicherheit und Klimawandel, hob er außerdem die Aufforderung an die Vereinten Nationen hervor, zusammen mit anderen globalen Institutionen die Auswirkungen der Krise auf die ärmsten Länder zu überwachen. Die Vereinten Nationen werden Anfang Juni eine internationale Konferenz zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Entwicklung durchführen.
(www.un.org/apps/news/infocus/speeches/search_full.asp?statID=458#)

Auch Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul begrüßte die Beschlüsse des G20-Gipfels. Dabei hob sie insbesondere hervor, dass der G20-Gipfel die Verwirklichung der MDG und die Notwendigkeit der Steigerung der Entwicklungsausgaben betont hat. Es sei wichtig, den Entwicklungsländern in der schwierigen Situation beizustehen und deshalb notwendig, die Mittel für den IWF und die Entwicklungsbanken aufzustocken. Jetzt komme es darauf an, die Beschlüsse von London auch tatsächlich national umzusetzen.
(www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2009/april/20090401_G20/index.html)

Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NRO) kritisierten die Ergebnisse des G20-Gipfels hingegen als unzureichend. Vor allem die Aufwertung des IWF stieß auf starke Kritik. Das globalisierungskritische Netzwerk attac konstatierte, dass der Gipfel das Interesse der Regierenden an einem möglichst krisenfreien Fortbestand des gegenwärtigen, ungerechten Weltwirtschaftssystems deutlich gemacht habe. Auch habe sich laut attac nichts am geringen Einfluss der Länder des Südens auf Entscheidungen des IWF geändert. Ebenso sei eine grundsätzliche Reform des Weltwährungssystems und die Besteuerung globaler Währungstransaktionen nicht angesprochen wurden.
(www.attac.de/aktuell/presse/detailsicht/datum/2009/04/02/attac-von-mageren-ergebnissen-des-g20-gipfels-nicht-ueberrascht/?cHash=dd5d530fea)

Die Welthungerhilfe bewertete zwar positiv, dass 50 Milliarden US-Dollar für die ärmsten Länder und insbesondere für die Ernährungssicherung versprochen worden sind, sieht aber die zentrale Rolle des IWF ebenfalls kritisch. Dessen bisherige Erfolge in der Armutsbekämpfung sind zweifelhaft. Ob ihm so viel Geld anvertraut werden könne, soll der Welthungerhilfe zufolge vom Erfolg seines Reformprozesses abhängig gemacht werden. Die neue Weltwirtschaftsordnung dürfe zudem langfristig nicht nur aus 20, sondern müsse aus 193 Ländern bestehen. Wichtiger als die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen sei das dauerhafte und ernsthafte Bemühen um ein faires globales Wirtschafts- und Finanzsystem.
(www.welthungerhilfe.de/g20-skepsis-bleibt.html)

Die Hilfsorganisation Oxfam begrüßte in ihrer ausführlichen Analyse des Gipfels „**What happened at the G20?**“ zwar ebenfalls das 50 Milliarden Paket für die Entwicklungsländer, betonte dabei aber die Bedeutung eines schnellen Zugangs zu den Geldern und den Verzicht auf Konditionalitäten. Besonders bei der Bekämpfung von Steueroasen, durch die den Entwicklungsländern jährlich bis zu 120 Milliarden US-Dollar verloren gingen, seien die Gipfelbeschlüsse unzureichend. Auch seien die klimapolitischen Aspekte völlig unterbewertet und der „Green New Deal“ ausgeblieben. Durch die Aufwertung des IWF seien nach Aussagen von Oxfam die Vereinten Nationen „die großen Verlierer“ des Gipfels. Doch gerade die jüngst veröffentlichten Empfehlungen der UNCTAD und der Stieglitz-Kommission enthielten zentrale Vorschläge für eine gerechte Weltordnung und müssten nun aus den Schubladen geholt werden.

(www.oxfam.org.uk/resources/policy/economic_crisis/downloads/bn_what_happened_at_g20.pdf)

2. Frühjahrstagung von IWF und Weltbank

Erste Beschlüsse des G20-Gipfels wurden bei der jährlichen Frühjahrstagung von IWF und Weltbank, die am 25. und 26. April in Washington stattfand, umgesetzt. Der Internationale Währungs- und Finanzausschuss des IWF hat sich während der Tagung darauf verständigt, dem IWF mit sofortiger Wirkung 250 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen, mit denen der Fonds stark in Bedrängnis geratene Länder unterstützen soll. Die Kredite zu Vorzugsbedingungen an Entwicklungsländer sollen verdoppelt werden. Der IWF wird durch die Mittelaufstockung deutlich gestärkt, ohne dass damit jedoch eine Demokratisierung seiner Entscheidungsstrukturen verbunden ist. Der IWF bekräftigte lediglich sein Ziel, die bereits im April 2008 beschlossenen Stimmrechtsreformen schnell umzusetzen, die großen Schwellenländern mehr Stimmrechte verleihen. Die Weltbank kündigte während der Tagung ein Investitionspaket in Höhe von 55 Milliarden US-Dollar für Entwicklungsländer an, die besonders hart von der Krise betroffen sind. Die Gelder sollen in den nächsten drei Jahren für Wasser-, Sanitär- und Energieversorgung sowie Transport und Telekommunikation zur Verfügung stehen. Die dreitägigen Washingtoner Finanztagungen hatten am 24. April mit Treffen der G7- und G20-Finanzminister begonnen. (www.imf.org/external/np/cm/2009/042509.htm)

In dem gemeinsam von IWF und Weltbank anlässlich der Frühjahrstagung vorgestellten „**Global Monitoring Report 2009**“ warnen beide Institutionen vor einem durch die globale Krise ausgelösten Entwicklungsnotstand. Die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, werde durch die Krise um 55 bis 90 Millionen Menschen steigen, während die Zahl der Menschen, die Hunger leiden, auf über eine Milliarde anwachsen wird, prognostiziert der Bericht. Damit sei die Erreichung der MDG stark gefährdet und es ist unwahrscheinlich, dass die meisten der acht global vereinbarten Ziele, wie zur Hungerbekämpfung, zur Kinder- und Müttersterblichkeit, zur Bildung und zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderer Krankheiten erreicht werden. Dem Bericht zufolge werden die Entwicklungsländer die nächsten zwei Jahre besonders vom Rückgang der Exporte, niedrigeren Rohstoffpreisen, sinkender Inlandsnachfrage, dem Rückgang der Rücküberweisungen und Auslandsinvestitionen betroffen sein. Nach Angaben von IWF und Weltbank sind jährlich 900 Milliarden US-Dollar – mehr als das doppelte der bisher verwendeten Gelder – für Investitionen in Infrastruktur von Entwicklungsländern nötig. (<http://go.worldbank.org/RJWQ3Y3C0>)

Der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) hatte im Vorfeld der Frühjahrstagung gefordert, dass den ärmsten Entwicklungsländern mehr Zuschüsse und weniger Kredite zur Bewältigung der Finanzkrise angeboten werden müssten. Andernfalls bewegten sich die unlängst entschuldeten Länder wieder in eine Schuldenkrise. Wilfried Steen, Vorstand des EED, forderte deshalb ein Konjunkturpaket für die ärmsten Entwicklungsländer. Diese Länder würden von der Krise hart getroffen, obwohl sie sie nicht verschuldet haben. Es sei eine Frage der Gerechtigkeit wie der ökonomischen Vernunft, die Konjunkturspritzen für die ärmsten Entwicklungsländer als Zuschüsse zu geben und nicht als Kredite.

(www.eed.de/de/de.eed/de.eed.press/de.presse.335/)

FIAN forderte anlässlich der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank eine externe Kontrolle durch den UN-Menschenrechtsrat sowie gleichberechtigte Stimmrechte für Entwicklungsländer. In der Vergangenheit hätten die Bretton Woods Institutionen ihre Macht als Krisenmanager missbraucht und damit schwere Verletzungen sozialer Menschenrechte hervorgerufen. Der aktuelle Machtzuwachs beider Institutionen mache deshalb eine externe Kontrolle dringend erforderlich. Dabei hob FIAN insbesondere die aktuelle Nahrungsmittelkrise hervor: Die Kreditaufgaben von IWF und Weltbank in den achtziger und neunziger Jahren seien eine wesentliche Ursache für die heutige Hungerkrise, da sie Entwicklungsländer gezwungen hätten, ihre Märkte zu öffnen und heimische Kleinbauern in den Ruin getrieben hätten. Dies müsse in der aktuellen Politik berücksichtigt werden; Nahrung ist ein grundsätzliches Menschenrecht und darf nicht an Auflagen gebunden werden, so FIAN.

(www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=632&Itemid=79)

3. EU-Maßnahmenpaket für Entwicklungsländer vorgelegt

Am 8. April dieses Jahres hat die Europäische Kommission ein Maßnahmenpaket vorgelegt, um die Entwicklungsländer während der Finanzkrise zu unterstützen. In der Mitteilung „**Supporting developing countries in coping with the crisis**“ zählt die Kommission 28 Schritte auf, die die Europäische Union zur Unterstützung von Entwicklungsländern ergreifen soll. Die Maßnahmen reichen von der Einhaltung der ODA-Verpflichtungen über antizyklische Politiken, eine verbesserte Wirksamkeit der Entwicklungshilfe, ein Abfedern der sozialen Folgen der Finanzkrise, die Unterstützung der Realwirtschaft von Entwicklungsländern bis hin zur Zusammenarbeit im Bereich Regierungsführung und Stabilität. Die Kommission kündigte an, 800 Millionen Euro der bereits vor dem G20-Gipfel angekündigten Nahrungsmittelfazilität im Jahr 2009 zur Verfügung zu stellen. Zusammen mit der Mitteilung stellte die Kommission begleitende Arbeitsunterlagen zu den Themen Entwicklungsfinanzierung, Handelshilfe, Wirksamkeit der Hilfe und MDG bereit.

(http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/COM_2009_0160_4_EN.pdf)

In Nairobi kamen vom 6. bis 7. April Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft aus Afrika und Europa zusammen, um zusammen Positionen und Forderungen zur gemeinsamen Afrika-EU-Strategie zu erarbeiten. Die Strategie war im Jahr 2007 von den Staats- und Regierungschefs Afrikas und der EU verabschiedet worden und zielt auf eine Zusammenarbeit zwischen den europäischen und afrikanischen Staaten auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene ab. Das Ergebnis der von VENRO und der kenianischen Organisation TAABCO veranstalteten NRO-Konferenz ist ein Positionspapier, in dem zivilgesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter Stellung

zur Afrika-EU-Strategie beziehen. Ein wichtiger Punkt in dem Dokument ist die Energiesicherheit beider Kontinente. Vor allem schlecht versorgte Gebiete in Afrika, insbesondere in den ländlichen Gegenden sollen nachhaltig und klimafreundlich versorgt werden. Erneuerbare Energien müssten besonders gefördert werden, dies gilt für Afrika genauso wie für Europa, so die Konferenzteilnehmer. Bei den Wirtschaftsverhandlungen zwischen Afrika und Europa sollte vor allem die regionale Integration und Entwicklung von Infrastruktur gefördert werden. Deshalb sollten auch die Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen entwicklungsorientiert gestaltet und die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Mittelpunkt gestellt werden. Eine weitere Forderung ist die Realisierung von Geschlechtergerechtigkeit auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie die Stärkung der Rolle der Frau im Bereich Governance und Menschenrechte. (www.afrikas-perspektive.de/fileadmin/redaktion_afrikas_perspektive/dokumente/Position_Paper_Nairobi.pdf)

4. Geschlechtergerechte Antworten auf die Finanzkrise

Im Vorfeld der internationalen Konferenz der Vereinten Nationen zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Entwicklung im Juni 2009 hat die „Women`s Working Group on Financing for Development“ eine nachhaltige, geschlechtergerechte und rechtsbasierte Antwort auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise gefordert. Im Gegensatz zum G20-Prozess seien inklusive Verfahren im Rahmen der Vereinten Nationen erforderlich. Nur diese bieten ein gleichberechtigtes internationales Forum für die Regulierung globaler öffentlicher Güter, darunter Frauen- und Menschenrechte. Die Women`s Working Group fordert daher eine Führungsrolle der UN in einer neuen Entwicklungs-, Wirtschafts- und Finanzarchitektur, die Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechte einschließt. Weiterhin soll die globale Finanzarchitektur grundlegend reformiert werden und sicher gestellt werden, dass Anpassungskosten nicht zulasten der „care economy“ gehen. Neoliberale Politiken im Handels- und Finanzbereich sollen zugunsten der Bekämpfung von Ungleichheitsstrukturen aufgegeben und die Instabilität von Finanzsektoren wie auch Kapitalflucht durch transparente und verantwortungsvolle Regulierung bekämpft werden. Außerdem fordert die Women`s Working Group, dass Entwicklungsstrategien und makroökonomische Politiken soziale Reproduktionsarbeit von Frauen anerkennen und einbeziehen. (<http://62.149.193.10/wide/download/WWG%20declaration%20on%20global%20crisis1.pdf?id=843>)

5. G8-Agrarministertreffen in Italien

Vom 18. April bis zum 20. April 2009 fand auf Einladung der italienischen G8-Präsidentschaft die G8-Agrarministerkonferenz in der Nähe von Treviso statt. Das Treffen der Agrarminister aus den G8-Staaten, den Schwellenländern Brasilien, Mexiko, Indien, Südafrika und China sowie Ägypten, Argentinien und Australien stand im Zeichen der Welternährungskrise und des Kampfes gegen den Hunger. Als Konsequenz aus den Fehlentwicklungen bisheriger Agrarpolitiken sprachen sich die Minister dafür aus, Fragen der Landwirtschaft und Ernährungssicherheit als Kernpunkte der internationalen politischen Agenda zu verankern und forderten eine Steigerung der privaten und öffentlichen Investitionen für nachhaltige Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Umweltschutz. Zur Sicherstellung der Welternährung

setzen die Minister auf Produktionssteigerungen, offene Weltmärkte, ein regelbasiertes internationales Handelssystem und den erfolgreichen Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde. Die Ergebnisse der G8-Agrarministerkonferenz werden auf dem Treffen der G8 Staats- und Regierungschefs im Juli 2009 in La Maddalena, auf Sardinien diskutiert.

(www.g8agricultureministersmeeting.mipaaf.com/en/index.php?pL1=news&newsId=8895ca36c193f25a5c2a63beb291a259)

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner betonte auf der Konferenz, dass die Sicherung der Ernährung für eine wachsende Weltbevölkerung eine der dringendsten politischen Aufgaben der Zeit ist. „Für diese Herausforderung brauchen wir eine globale Partnerschaft bestehend aus den Staaten, internationalen Organisationen, Landwirten, der Wirtschaft sowie der Zivilbevölkerung“, so Aigner. Auch müsse das Thema Welternährung künftig den gleichen hohen Stellenwert auf der Agenda der G8 Staats- und Regierungschefs haben, wie der Klimaschutz, die weltweite Finanzkrise, der Umweltschutz und die Energieversorgung. Aigner betonte in ihrem Statement, dass die Landwirtschaft das Fundament für jede weitere Entwicklung sei und es daher extrem wichtig ist, dass auf die Landwirtschaft wieder ein größerer Anteil der Entwicklungszusammenarbeit entfällt. Um allen Menschen Zugang zu Nahrung zu gewährleisten, müsse laut Aigner mehr in die Landwirtschaft investiert werden, die kleinbäuerliche Landwirtschaft in den Entwicklungsländern gestärkt und die Kaufkraft der Bevölkerung vor Ort gesteigert werden. (www.bmelv.de/cln_044/nn_754188/DE/10-Internationales/G8-Agrarministerkonferenz.html__nnn=true; www.bmelv.de/cln_044/nn_751690/DE/13-Service/Reden/2009/09-04-18-AI-Treviso.html)

Zahlreiche NRO kritisierten die Absichtserklärungen von Treviso als unzureichend. Die von den G8 geforderte Verdopplung der landwirtschaftlichen Produktion bis 2050 allein wird den Hunger nicht beseitigen, wenn die strukturellen Ursachen ausgeblendet werden, betonte Michael Windfuhr von Brot für die Welt. In einer gemeinsamen Pressemitteilung von Brot für die Welt, EED und FIAN kritisieren die Organisationen zudem, dass die G8-Staaten abermals die Gelegenheit verpasst hätten, ihre eigene Landwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik in Frage zu stellen. Die geforderte Produktionssteigerung dürfe nicht auf Kosten von Klima und Umwelt erfolgen. Skeptisch sehen die Organisationen auch den Vorschlag zur Einführung einer „Globalen Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit“, die aus ihrer Sicht Doppelstrukturen schafft und gewinnorientierte Unternehmen in Entscheidungen zur Ernährungspolitik einbinden würde, so der EED. Stattdessen solle sich für eine bessere Koordination und Reformierung der bestehenden UN-Strukturen und eine klare Mandatierung für das Menschenrecht auf Nahrung eingesetzt werden.

(www.brot-fuer-die-welt.de/presse/index_954_DEU_HTML.php?ck=386)

6. VENRO: 10 Forderungen zur Bundestagswahl

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) fordert im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 eine besser unter den beteiligten Bundesministerien und mit internationalen Partnern abgestimmte Entwicklungspolitik. Gerade in Zeiten der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise dürfen die Ärmsten der Armen nicht vergessen werden, da sie am meisten an den Folgen der Krise leiden. Um die MDG trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise noch zu erreichen, fordert

VENRO in seinem Papier „**10 Forderungen zur Bundestagswahl – Die globalen Herausforderungen annehmen**“ einen „Deutschen Millenniums-Aktionsplan“. Dieser soll ressortübergreifend festlegen, welche nationalen und internationalen Initiativen Deutschland zur Halbierung von Armut und Hunger bis 2015 ergreifen wird. Konzepte zur Krisenbewältigung dürften zudem nicht nur in exklusiven Zirkeln wie den G8 und den G20-Staaten entwickelt werden. Globale Fragen, wie die Neuregulierung der internationalen Finanzmärkte, müssten unter Beteiligung aller G192-Länder gelöst werden. Zentraler Bezugsrahmen für eine kooperative Weltordnung sind die Vereinten Nationen. Zudem fordert VENRO die Schaffung eines UN-Rates für wirtschaftliche und soziale Fragen, dem andere multilaterale Einrichtungen zugeordnet sind.

(http://venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/venro_Forderungen-finaldf.pdf)

7. Gesundheit in der Krise

Das internationale NRO-Netzwerk „Action for Global Health“ veröffentlichte anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April den dritten Bericht „**Gesundheit in der Krise**“, der angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise vor Kürzungen im Gesundheitssektor warnt. Besonders die europäischen Regierungen müssten sich mit der gleichen Entschlossenheit, mit der sie zur Rettung von Banken und Unternehmen Milliardenbeiträge zur Verfügung stellen, auch für die Gesundheit in den Entwicklungsländern engagieren, so Nadja Jacobowski von terre des hommes. Der Bericht zeigt auf, dass die europäischen Regierungen seit den großen Entwicklungskonferenzen von Accra und Doha nicht „on track“ sind, was ihre Zusagen zur Erreichung der gesundheitsbezogenen MGD betrifft. Nach Schätzungen des Netzwerkes, dem in Deutschland Plan International, terre des hommes und die Welthungerhilfe angehören, muss damit gerechnet werden, dass infolge der Krise 200.000 bis 400.000 Kinder unter fünf Jahren zusätzlich sterben werden.

(www.actionforglobalhealth.eu/news/economic_crisis_no_excuse_to_abandon_global_health_targets; www.weltgesundheitstag.de/who.htm)

Anlässlich des Welt-Malaria-Tages am 25. April erinnerten zahlreiche Organisationen an die Bedeutung der Bekämpfung von Malaria. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) treten weltweit jährlich 250 Millionen Malaria-Erkrankungen auf, von denen fast eine Million tödlich verläuft. Besonders betroffen sind die Menschen in Afrika südlich der Sahara. Dort stirbt alle 30 Sekunden ein Kind an den Folgen einer Malaria-Erkrankung. Im Rahmen der internationalen Kampagne „Roll back Malaria“ verweist die WHO auf die guten Erfolgsaussichten, die Krankheit mit geeigneten Mitteln zu bekämpfen. So zeigten konzertierte internationale und nationale Anstrengungen in Sambia, dass es möglich ist, die Zahl der Malaria-Todesfälle um 66 Prozent zu reduzieren. Die Verwirklichung des UN-Millenniumsziels zur Eindämmung von Malaria bis zum Jahr 2015 ist damit auch in anderen Ländern möglich. Es wurde auch daran erinnert, dass es nicht nur um die Ausrottung der Krankheit geht, sondern auch um die Verwirklichung von Entwicklungszielen wie dem Recht auf Gesundheit, dem Zugang zu Bildung und die Bekämpfung von Armut insbesondere bei Frauen und Kindern.

(www.rbm.who.int/worldmaliariaday/index.html;

www.who.int/mediacentre/news/releases/2009/malaria_deaths_zambia_20090423/en/index.html)

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesentwicklungsministerium – Karin Kortmann – rief anlässlich des Welt-Malaria-Tages zur Aktion „Netze knüpfen“ auf. Im Rahmen dieser Aktion sollen alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier des deutschen Bundestages jeweils 50 Personen aus ihrem Wahlkreis mobilisieren, die ein Moskitonetz spenden. So könnten 30.000 Netze bereitgestellt werden und das öffentliche Bewusstsein für die Krankheit geschärft werden. (www.bmz.de/de/presse/pm/2009/april/pm_20090424_39.html)

8. Globale Bildungskampagne: Das große Lesen

Mit dem weltweiten Lesemarathon „Das große Lesen“ forderte die globale Bildungskampagne am 23. April, dem Welttag des Buches, Politikerinnen und Politiker auf, bis 2015 allen Kindern weltweit eine gebührenfreie und qualitativ gute Grundbildung zu ermöglichen, sowie die Analphabetenrate um die Hälfte zu senken. An dem Marathon beteiligten sich über zehn Millionen Menschen aus aller Welt, die sich für das Ziel „Bildung für alle!“ einsetzten. Die Globale Bildungskampagne, die in Deutschland von den Organisationen CARE, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kindernothilfe, Oxfam, Plan, Save the Children, Welthungerhilfe, World University Service und World Vision getragen wird, setzt sich für MDG 2 zur Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung ein. Weltweit gibt es 776 Millionen Analphabeten; 75 Millionen Kinder, vor allem Mädchen, können nicht in die Schule gehen. Zur Aktion lasen Schülerinnen und Schüler und Erwachsene in 150 Ländern aus einem eigens zur Kampagne angefertigten „Großen Lesebuch“, das zusammen mit weiteren Unterrichtsmaterialien auf die Bildungskampagne aufmerksam machen will.

www.bildungskampagne.org/documents/Das_grosse_Lesebuch.pdf

9. Klimawandel: Herausforderungen für die Nothilfe

Die Zahl der Menschen, die jährlich von den extremen Auswirkungen des Klimawandels wie Trockenheiten, Überschwemmungen und anderen Unwettern betroffen sind, wird nach Erkenntnissen der neuen Oxfam-Studie „**The Right to Survive**“ auf bis zu 375 Millionen Menschen jährlich ansteigen. Die internationale Not- und Katastrophenhilfe und die Katastrophenvorsorge müssen laut Oxfam weltweit auf die wachsenden Herausforderungen durch den Klimawandel neu ausgerichtet werden. Vor allem die reichen Länder des Nordens seien als Hauptverursacher des Klimawandels in die Pflicht zu nehmen. Erforderlich seien nicht nur ambitioniertere Klimaschutzziele, sondern auch klare Zusagen für finanzielle und materielle Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel in den Ländern des Südens. Um das internationale System der Not- und Katastrophenhilfe nachhaltig zu verbessern, müssten die zur Verfügung stehenden Gelder von weltweit jährlich 14,2 Milliarden US-Dollar auf mindestens 41 Milliarden US-Dollar ansteigen. Neben der Verantwortung des Nordens bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Anpassung an seine Folgen benennt die Oxfam-Studie aber auch klar die Verantwortung der Entwicklungsländer, ihre Menschen besser zu schützen. Länder wie Kuba und Bangladesch zeigten laut Oxfam, dass es trotz Armut möglich ist, massiv in die Katastrophenvorsorge zu investieren und eine gut funktionierende Not- und Katastrophenhilfe aufzubauen.

www.oxfam.de/download/right_to_survive_report_full_Eng.pdf

Kurz notiert:

Im Rahmen der internationalen Blogger-Konferenz re:publica in Berlin hat die VENRO-Kampagne "**Deine Stimme gegen Armut**" das Online-Aktivistenportal www.stimmensammler.de vorgestellt. Das Portal soll als soziales Netzwerk fungieren, in dem Aktivisten Ideen und Erfahrungen austauschen. Zudem können Organisationen ihre Kampagnenarbeit und Aktionen vorstellen. Inhaltlicher Schwerpunkt sind Aktionen rund um die Umsetzung der MDG.

Unter der Webadresse www.rethinkingfinance.org haben zivilgesellschaftliche Organisationen ein neues Online-Forum zur Finanzkrise gestartet. Die Plattform bildet einen Pool für neue Ideen, Analysen und Events der Zivilgesellschaft und basiert auf der Annahme, dass die herkömmlichen Finanzstrukturen und -Institutionen versagt haben und fundamentale Veränderungen erforderlich machen. Zur Unterstützung und Vernetzung internationaler sozialer Bewegungen sammelt die Seite neuste Blogs, Links, Medienanalysen und Termine zur Finanzkrise.

Auf der Internetseite des UN Generalsekretariats steht eine neue Datenbank zum Thema Gewalt gegen Frauen zur Verfügung. Die „**Database on Violence against Women**“ basiert hauptsächlich auf der Auswertung von Fragebögen und Berichten und vergleicht nationale Gesetzgebungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Nutzerinnen und Nutzer können sich entweder nach bestimmten Suchkriterien Informationen zusammenstellen oder sich durch die Länderprofile über die Situation in einzelnen Staaten informieren. Der Service steht in allen sechs offiziellen UN-Sprachen bereit. (<http://webapps01.un.org/vawdatabase/home.action>)

Termine

12. Mai 2009, Düsseldorf, VENRO und FH Düsseldorf

10 Jahre strategische Armutsbekämpfung – Bilanz und Perspektiven

Fachtagung

Mehr Informationen unter www.2015.venro.org/2015_termine.html

12. Mai 2009, Berlin, INISA, Deutsche-Afrika-Stiftung und Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Steht Afrika zur Wahl? - Die Afrikapolitik der Parteien zur Bundestagswahl

Podiumsdiskussion

Mehr Informationen unter

www.inisa.de/veranstaltungen/Berlin/2009-05-12_Afrikapolitik_Dt_Parteien.pdf

13. Mai 2009, Bonn, FES, terre des hommes, Global Policy Forum

Die UNO zwischen den G20-Gipfeln

Fachgespräch zur UN-Konferenz über die globale Wirtschafts- und Finanzkrise

Mehr Informationen unter

www.globalpolicy.org/eu/de/veranst/einladung_fg_un_finanzkrisenkonferenz.pdf

15. Mai 2009, Potsdam, SODI Solidaritätsdienst-international e.V.

Was hat Entwicklungspolitik mit mir zu tun?

Workshop für junge Erwachsene

Mehr Informationen unter www.sodi-entwickler.de

27. bis 28. August 2009, Bonn, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, DIE, VENRO, KfW

Neue Impulse für die Entwicklungszusammenarbeit der Länder, Regionen und Kommunen

2. Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik

Informationen unter www.bonn-conference.nrw.de

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Anna Marquardt

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung